Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0126/07	Datum 15.03.2007
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	10.04.2007	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Stadtrat	16.04.2007	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg

Beschlussvorschlag:

1. Die in Anlage 1 aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen 107 bis 121 werden bestätigt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden Beschlussdrucksachen zu erarbeiten.
2. Die überarbeitete langfristige Finanzplanung (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.
3. Die eingereichten Konsolidierungsvorschläge der Fraktionen und der Bürger (Anlage 3) werden geprüft. Zur Umsetzung werden ebenfalls konkrete Beschlussdrucksachen erarbeitet.
4. Bis zum Abschluss der Haushaltskonsolidierungsphase werden die in Anlage 4 aufgeführten Grundsätze der Haushaltsführung beschlossen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA	X	NEIN	
X		2007				

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgelasten		Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)		Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)		Jahr der Kassenwirk- samkeit	
	ab Jahr							
	keine							
Euro		Euro		Euro		Euro		ab 2007

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:	
Mehreinn.:		Mehreinn.:		Mehreinn.:		Mehreinn.:		Mehreinn.:		Mehreinn.:	
				Jahr		Euro		Jahr		Euro	
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr							
mit		Euro		mit		Euro					
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

Termin	
--------	--

federführendes/r Amt/FB 02	Sachbearbeiter Herr Nieper, Herr Hartung	Unterschrift AL/FBL Herr Zimmermann
-------------------------------	---	--

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Czogalla
-----------------------------------	--------------	---------------

Begründung:

Der vom Landesverwaltungsamt in seiner Entscheidung vom 02.02.2007 geforderte vollständige Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2015 impliziert ein zusätzliches Konsolidierungsvolumen von 208,3 Mio. € verteilt auf die Jahre 2007 bis 2015. Wesentlich hierfür verantwortlich ist das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG), das allein der Landeshauptstadt Magdeburg in dem betrachteten Zeitraum Einnahmen von über 140 Mio. € vorenthält.

Auf Landesebene hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres die finanzielle Situation dagegen deutlich verbessert. So hat sich die sogenannte Verbundmasse (Gemeinschaftssteuern, Teil der Landessteuern sowie Länderfinanzausgleich), die zwischen Land und Kommunen durch das FAG aufgeteilt wird, um ca. 433 Mio. € erhöht. Die Aufteilung nach neuem FAG verschlechtert die Finanzausstattung der Kommunen um 160 Mio. € wie der folgende Vergleich zeigt!

<u>Verteilung der Mehreinnahmen des LSA nach altem FAG</u>	<u>neuem FAG</u>
ca. 328 Mio. € für das Land	ca. 488 Mio. € für das Land
ca. 105 Mio. € für die Kommunen	ca. -55 Mio. € für die Kommunen (Streichung des Familienleistungsausgleiches)
ca. 433 Mio. €	ca. 433 Mio. €

In den vergangenen Jahren haben die Kommunen das Steuereinnahmerisiko mitgetragen und die Konsequenzen sinkender Einnahmen, verursacht durch die geminderte Verbundmasse, drastisch erfahren. Das Land Sachsen-Anhalt lässt seine Kommunen am wirtschaftlichen Aufschwung nicht nur nicht partizipieren, sondern kürzt darüber hinaus die Zuweisungen an seine Kommunen um 55 Mio. €. Diese Asymmetrie bei der Verteilung der finanziellen Chancen und Risiken führt zu gewaltigen Einschränkungen bei der kommunalen Leistungsfähigkeit und Handlungsfreiheit.

Während das Land von seinen Kommunen immense Konsolidierungsanstrengungen verlangt, meldet es als eigene Konsolidierungserfolge nur eine verringerte Schuldenaufnahme (230 Mio. €) sowie eine globale Minderausgabe (28 Mio. €). Die verbleibenden knapp 240 Mio. € stehen dem Land zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben zur Verfügung. Z.B. ist der Haushaltsansatz 2007 für Ausgaben der Informations- und Kommunikationstechnik von 31,5 Mio. € auf 39,4 Mio. € und damit um ca. 25 % gestiegen.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 15.03.2007 mit der DS 0086/07 den Punkt 2 der kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg zur Kenntnis genommen (Beschluss-Nr. 1392-46(IV)07).

Mit dem Punkt 2 der kommunalaufsichtlichen Entscheidungen vom 02.02.2007 hat das Landesverwaltungsamt gefordert, „dass die Landeshauptstadt Magdeburg bis spätestens zum 30.06.2007 ergänzende Maßnahmen zum Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen hat, durch die das Entstehen struktureller Fehlbedarfe spätestens ab dem Jahr 2010 vermieden sowie zum frühest möglichen Zeitpunkt, jedoch spätestens im Jahr 2015, der vollständige Haushaltsausgleich einschließlich des Abbaus sämtlicher auflaufender Fehlbeträge erreicht wird.“

Unter Berücksichtigung der Spitzabrechnung 2006 der Schlüsselzuweisungen in Höhe von 4,5 Mio. € und des besseren Ergebnisses 2006 ergibt sich folgende Entwicklung des Fehlbedarfes und des strukturellen Defizits bzw. Überschusses:

Tabelle 1

in Tsd. €	2007	2008	2009	2010	2011
Fehlbedarf (-), Überschuss (+)	-107.145	-111.557	-127.527	-133.368	-138.445
strukturelles Defizit / struktureller Überschuss	-22.944	-25.523	-19.883	-22.345	-10.917

in Tsd. €	2012	2013	2014	2015
Fehlbedarf (-), Überschuss (+)	-132.678	-127.642	-111.918	-96.384
strukturelles Defizit / struktureller Überschuss	689	10.803	20.760	31.258

Das strukturelle Defizit im Jahr 2010 beträgt also derzeit 22,3 Mio. € der im Jahr 2015 aufgelaufene Fehlbedarf 208,3 Mio. € (= 111,9 Mio. € + 96,4 Mio. €). Um den Forderungen des Landesverwaltungsamtes genügen zu können, ist das in nachfolgender Tabelle 2 aufgeführte Konsolidierungsvolumen zu erzielen. Ferner sind die sich aus diesem zusätzlichen Konsolidierungsvolumen ergebende Entwicklung des Fehlbedarfes sowie des strukturellen Defizits bzw. Überschusses angeführt:

Tabelle 2

in Tsd. €	2007	2008	2009	2010	2011
Entlastung durch das Land	12.000	9.000	10.000	10.000	11.000
Zusätzliches Konsolidierungsvolumen	5.000	10.000	12.000	13.000	14.000
Summe	17.000	19.000	22.000	23.000	25.000
Fehlbedarf (-), Überschuss (+)	-90.145	-92.557	-88.027	-91.902	-73.945
strukturelles Defizit / struktureller Überschuss	-5.944	-6.523	2.118	655	14.083

in Tsd. €	2012	2013	2014	2015	Summe
Entlastung durch das Land	11.000	11.000	11.000	11.000	96.000
Zusätzliches Konsolidierungsvolumen	14.000	14.336	15.000	15.000	112.336
	25.000	25.336	26.000	26.000	208.336
Fehlbedarf (-), Überschuss (+)	-66.212	-37.806	-19.452	0	
strukturelles Defizit / struktureller Überschuss	25.689	36.139	46.760	57.258	

Wie vom Landesverwaltungsamt gefordert, ist der vollständige Haushaltsausgleich im Jahr 2015 erreicht.

Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt sagte dem Oberbürgermeister in Verhandlungen zu, der Landeshauptstadt Magdeburg eine Zahlung aus dem Ausgleichstock, der gemäß FAG „zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen“ zur Verfügung steht, zu gewähren. Ab dem Jahr 2008 werden die über den Erwartungen liegenden Steuereinnahmen des Landes und eine geplante Erhöhung des Anteils der kreisfreien Städte an der FAG-Masse (Erhöhung von 27 % auf 28 %) einen vergleichbar positiven Effekt haben. Diese Entlastung ist in der Konsolidierungsmaßnahme 121 der Anlage angegeben (s. auch Tabelle 2). Wenn dadurch auch ein Teil der Belastung durch das neue FAG kompensiert werden kann, bleibt doch noch ein erhebliches zusätzliches Konsolidierungsvolumen zu bewältigen (s. Tabelle 2).

Es ist offensichtlich, dass dieses Einsparvolumen einen gravierenden Einschnitt in das bisherige Leistungsspektrum der Landeshauptstadt Magdeburg bedeutet. In der Anlage sind die in einem gemeinsamen Prozess unter Beteiligung von Bürgern, Fraktionen des Stadtrates und Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführt.

Die Maßnahmen 107 bis 120 untersetzen das noch notwendige Konsolidierungsvolumen der Landeshauptstadt Magdeburg. Die Vorschläge der Fraktionen und Bürger sind in der Anlage 3 vollständig aufgeführt.

Die durch das Land mit verschuldete außerordentliche Haushaltsnotlage hat außergewöhnliche Reaktionen erfordert. In einer gemeinsamen Anstrengung von Bürgern, Fraktionen und Verwaltung konnte das notwendige zusätzliche Konsolidierungsvolumen erarbeitet werden. Diese harten Konsolidierungsschnitte sind die Voraussetzung, um die drohende Beanstandung des Stadtratsbeschlusses über die Haushaltssatzung 2007 durch das Landesverwaltungsamt abzuwenden und der Landeshauptstadt ein Mindestmaß an kommunaler Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen.

Anlagen:

- Anlage 1: Untersetzung neuer Konsolidierungsmaßnahmen
- Anlage 2: überarbeitete langfristige Finanzplanung
- Anlage 3: Konsolidierungsvorschläge der Fraktionen und Bürger
- Anlage 4: Grundsätze der Haushaltsführung bis zum Abschluss der Haushaltskonsolidierungsphase